

Rede von Herrn Landrat Frithjof Kühn zur Einbringung des Haushaltsplanes 2001 in der Sitzung des Kreistages am 26.10.2000

-Haushaltsrede 2001 -

Es gilt das gesprochene Wort!

Meine sehr verehrten Damen und Herren ,

beginnen möchte ich meine Haushaltsrede – entgegen der bisherigen Gepflogenheit – einmal mit einem herzlichen Dank an meine Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Kreisverwaltung, die mit ihrer täglichen Arbeit, mit Fleiß und Einsatzfreude, das äußerst vielfältige Dienstleistungsangebot des Rhein-Sieg-Kreises wieder einmal bestens sichergestellt haben.

Mit ihrem Einsatz haben sie die Sicherheit und soziale Wohlfahrt im Kreis gewährleistet und die wirtschaftliche Entwicklung unseres Kreises und seiner Städte und Gemeinden nach besten Kräften gefördert. Ohne die Leistungen unserer Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter wäre es mir, dem Landrat, aber auch dem Kreistag nicht möglich, unseren gesetzlichen Auftrag zum Wohl unserer Bürgerinnen und Bürger zu erfüllen.

Von den erwähnten äußerst vielfältigen Dienstleistungsangeboten des Kreises möchte ich beispielhaft hervorheben, dass es gelungen ist, die vom Kreistag angeregte Bekämpfungsgruppe gegen die illegale Beschäftigung nicht nur einzurichten, sondern, dass unsere Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter bei ihrer Arbeit auch bereits sehr erfolgreich gewesen sind.

Nach wie vor müssen wir eine große Zahl von Einbürgerungen bewältigen, darüber freuen wir uns, dies ist aber auch eine sehr arbeitsintensive Aufgabe, die mehr Personal benötigt. Zum 1. Januar 2001 werden wir ein Bürgerbüro im Erdgeschoss des Kreishauses einrichten, um einfache Verwaltungsdienstleistungen für die Bürgerinnen und Bürger schnell und unbürokratisch zu erledigen. Und nicht zuletzt hat die Verwaltung gemeinsam mit der Gleichstellungsbeauftragten den Entwurf eines fortentwickelten Frauenförderplans vorgelegt, der demnächst vom Gleichstellungsausschuss und vom Kreistag zu beraten ist.

Ich danke auch dem Personalrat für die gute Zusammenarbeit, ich danke meiner Vertreterin im Amt, Kreisdirektorin Monika Lohr, und meinen Dezernenten für ihre Hilfe. Ich danke auch den stellvertretenden Landräten Uta Gräfin Strachwitz, Achim Tüttenberg und Rolf Bausch für ihre Unterstützung und nicht zuletzt dem Kreistag und den Fraktionen für die konstruktive Arbeit zum Wohle unserer Bürgerinnen und Bürger im abgelaufenen ersten Jahr unserer Wahlperiode.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, wie sieht die Situation aus ?

Wo steht der Rhein-Sieg-Kreis neun Jahre nach dem Umzugsbeschluss, ein Jahr nach dem tatsächlichen Umzug des Deutschen Bundestages und wesentlicher Teile der Bundesregierung ?

Ich meine der Rhein-Sieg-Kreis und die weit überwiegende Zahl seiner Städte und Gemeinden haben sich bestens entwickelt und stehen für die Zukunft gut gerüstet da. Wir haben ein Höchstmaß an Beschäftigung, eine niedrige Arbeitslosenquote wie seit Jahren nicht mehr, weniger Sozialhilfeempfänger, eine nach wie vor wachsende dynamische Wirtschaft und weiterhin beste Zukunftschancen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren,

diese günstige Entwicklung ist in aller erster Linie Resultat der Leistungen, des Fleißes, des Ideenreichtums und des Unternehmergeistes der Menschen in unserem Kreis, und das sollten wir bei jeder sich bietenden Gelegenheit dankbar anerkennen und den Bürgerinnen und Bürgern auch sagen. Natürlich kam und kommt uns die hervorragende Standortqualität, gute Infrastruktur sowie eine reiche Ausstattung mit Wissenschafts- und Forschungseinrichtungen, die günstige Branchenentwicklung hin zum privaten Dienstleistungsgewerbe, insbesondere im Bereich der Informationstechnologie und der Softwareentwicklung, zugute.

Auch die Ausgleichsmaßnahmen für die Region Bonn, an denen wir angemessen beteiligt sind, und die wir zügig umgesetzt haben, zeigen Wirkung:

Die Fachhochschule Bonn/Rhein-Sieg, die Fördermaßnahmen zur Gewerbeansiedlung und für Investitionen im Rhein-Sieg-Kreis.

Aber meine Damen und Herren, wir sollten auch unsere eigenen Anstrengungen nicht unter den Scheffel stellen. Als Beispiel möchte ich unser Sonderförderprogramm für Gewerbeansiedlungen in den sechs Städten und Gemeinden des östlichen Rhein-Sieg-Kreises nennen, das nach wie vor gut läuft und unser eigenes Arbeitsplatzförderprogramm Rhein-Sieg, mit dem wir inzwischen immerhin 1000 Arbeitsplätze geschaffen haben.

Dieses Programm wurde noch vom alten Kreistag ins Leben gerufen und vom Förderverein Östlicher Rhein-Sieg-Kreis sowie von unserer Wirtschaftsförderung konsequent umgesetzt. Letztere, meine Damen und Herren, ist Clearingstelle und Motor der wirtschaftlichen Entwicklung im Kreis, meist auf der Basis persönlicher Kontakte außerhalb der öffentlichen Aufmerksamkeit arbeitend, das aber ist Voraussetzung für Vertrauen und Erfolg !

In gleicher Weise ist auch die Strukturfördergesellschaft für unsere gesamte Region erfolgreich tätig und unverzichtbar. Insbesondere durch wirksames internationales Standortmarketing, Konzeption und Aquisition.

Und unsere Chancen für die Zukunft haben sich weiter verbessert:

Die Fachhochschule Bonn/Rhein-Sieg hat in diesem Jahr ihre Neubauten in Sankt Augustin und Rheinbach bezogen und den Studienbetrieb in vollem Umfang aufgenommen. Damit erhalten unsere jungen Menschen ein zusätzliches hervorragendes Angebot für ihre persönliche Ausbildung und unsere heimische Wirtschaft demnächst ausreichend qualifizierten Nachwuchs. Allein 16 Unternehmensgründungen aus der Fachhochschule heraus zeigen, welche wichtige Impulse von dieser Einrichtung für unsere Region ausgehen.

Im Sommer dieses Jahres ist das Deutsche Kinderherzzentrum an der Kinderklinik Sankt Augustin eröffnet worden. Eine Einrichtung mit internationalem Ruf. Ebenfalls ein Ausgleichsprojekt, das ich noch mit meinem Vorgänger, Ehrenlandrat Dr. Möller, angestoßen und durchgesetzt habe.

Nicht ahnend, meine Damen und Herren, dass genau dieses Kinderherzzentrum der Schlüssel für die Zukunft des Krankenhauses und Herzzentrums Siegburg sein würde. Ich darf an dieser Stelle sicherlich für viele hier in der Region meine Dankbarkeit und Erleichterung zum Ausdruck bringen, dass es gelungen ist, nicht nur das Krankenhaus Siegburg mit einem neuen außerordentlich leistungsfähigen und weltweit operierenden Träger zu erhalten, sondern auch für unsere Gesundheitsregion das Herzzentrum zu retten, das sicherlich eines der modernsten und leistungsfähigsten Herzzentren in ganz Deutschland ist.

Ich verbinde dies mit meinem herzlichen Dank an all diejenigen, die hierbei mitgeholfen haben, die äußerst schwierige Situation zu überwinden: namentlich der Ministerpräsident des Landes, die Gesundheitsministerin und vor allem der Moderator, Dr. Klinkhammer. Ersparen Sie mir bitte weitere Details zu diesem komplexen Thema mit Ausnahme des Hinweises, dass ich es stets als meine selbstverständliche Pflicht als Oberkreisdirektor und Landrat des Rhein-Sieg-Kreises gesehen habe, unsere Kreisstadt Siegburg in dieser Frage nachhaltig zu unterstützen, auch unter strenger Beachtung meiner Funktion als Kommunalaufsicht, und angesichts der bestehenden Notlage nicht gegen die Interessen der Stadt und ihrer Bürgerinnen und Bürger zu arbeiten. Ich bin überzeugt, dass ich damit auch das gesamte Interesse des Rhein-Sieg-Kreises gewahrt habe.

Zum 1. September hat die Internationale Fachhochschule für Touristik, Hotel- und Luftfahrtmanagement in Bad Honnef ihren Betrieb aufgenommen, Anfang Oktober ist mit dem Neubau begonnen worden. Damit erhalten wir zukünftig gut ausgebildetes Personal in der auch für unsere Region so wichtigen Tourismusbranche.

Im April haben wir zusammen mit der Fachhochschule Bonn/Rhein-Sieg, der IHK und der GMD den Gedanken einer sogenannten IT-Akademie aufgegriffen und den Wissenschaftsministerien von Bund und Land die Bildung einer gemeinsamen wissenschaftlichen Einrichtung nach dem Hochschulgesetz für die Qualifizierung von Studienabsolventen im IT-Bereich vorgeschlagen. Der Ministerpräsident hat den Gedanken aufgegriffen und ein IT-Excellence-Center als Ausgleichsprojekt zum Gegenstand seiner Regierungserklärung gemacht. Wir dürfen in Kürze konkrete Vorschläge der Wissenschaftsexperten zur Umsetzung dieses für die zukünftige Entwicklung so wichtigen Projektes erwarten, denn unsere Wirtschaft, insbesondere in dieser Branche, braucht hochqualifizierte Menschen besonders dringend.

Auch das vom Ministerpräsidenten vorgeschlagene Hirnforschungszentrum an den Unikliniken Bonn wird für unsere Region einen neuen interessanten und zukunftssträchtigen Forschungsschwerpunkt erschließen.

Diese neuen Einrichtungen werden gemeinsam mit dem Ausgleichsprojekt „CAESAR“ unsere bereits bestens ausgestattete Wissenschafts- und Forschungslandschaft weiter bereichern und unserer Region ein nahezu einmaliges Profil verschaffen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren,

so sehr wir uns auf der einen Seite um Arbeitsplätze, neue Unternehmen, Wissenschafts- und Forschungseinrichtungen bemühen, so sehr gilt unsere Aufmerksamkeit auf der anderen Seite der drohenden Arbeitslosigkeit und den hiervon betroffenen Menschen. Wie sie alle wissen, hat der Bereich der sozialen Beschäftigungsförderung in den letzten Jahren im Rhein-Sieg-Kreis immer größere Bedeutung gewonnen. Neben der Durchführung zahlreicher

Eigenmaßnahmen beteiligte sich der Rhein-Sieg-Kreis in den letzten Jahren auch immer wieder an Projekten, die durch Mittel des Bundes, des Landes und der Europäischen Union gefördert wurden.

Dank der Kreativität und Einsatzbereitschaft meiner Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im Sozialdezernat laufen zur Zeit einschließlich der Jugendberufshilfe mehr als 20 Maßnahmen für ca. 700 Betroffene. Eine gewaltige Anstrengung, aber notwendig. Mit dem neuen und internationalen Qualifizierungsprojekt zur Beschäftigungsförderung „Jobcenter 2000“ sind weitere innovative Wege gegangen worden, um möglichst viele Menschen an den ersten Arbeitsmarkt heranzuführen.

Auch für die nächsten zwei Jahre ist weiterhin Kreativität gefragt, denn Land und EU stellen nunmehr der Region Bonn/Rhein-Sieg für den Zeitraum von 2000 bis 2002 Mittel aus dem Europäischen Sozialfonds in Höhe von knapp 30 Mio DM zur Verfügung.

Diese Mittel können auf der Grundlage einer mit dem Land abgeschlossenen Zielvereinbarung für Projekte und Maßnahmen eingesetzt werden, die der Stärkung und Förderung des regionalen Arbeitsmarktes dienen und dabei die Belange besonderer Personengruppen, wie z.B. Frauen und Jugendlichen, Langzeitarbeitslosen sowie Sozialhilfeempfängern mit besonderen Nachteilen berücksichtigen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich möchte ihre Aufmerksamkeit noch auf zwei Bereiche lenken, die mir im Rahmen der Einbringung des Haushalts 2001 wichtig erscheinen:

Dies ist zum einen der Bereich der Jugendpolitik. Sie werden bei den Zahlen des Jugendamtshaushaltes eine weitere Steigerung der Ausgaben feststellen, die vor allem auf eine erhöhte Heimunterbringung von Kindern und Jugendlichen zurückzuführen ist. Unabhängig davon, dass die Heimunterbringung immer das letzte Mittel ist, haben wir es auf diesem Gebiet insgesamt mit einem Phänomen zu tun, das mir große Sorge bereitet. Es geht um die Frage der Fähigkeit von Eltern, Kindern ein geeignetes Zuhause zu geben, in dem sie geschützt aufwachsen und in ihrer Persönlichkeitsentwicklung so gefördert werden, dass sie sich in unserer Welt zurechtfinden. Hier sind wir sicherlich alle gefragt, uns noch mehr Gedanken zu machen, wie wir über die bestehenden Hilfs- und Betreuungsangebote hinaus unterstützend und helfend eingreifen können, um dies mit den Eltern in der Familie zu gewährleisten.

Für den Gesamtbereich des Jugendamtes möchte ich Sie bitten, insbesondere die Mittel und Maßnahmen der Jugendarbeit zu unterstützen, auch wenn sie zum Teil freiwillig sind. Wir haben soeben das Bündnis für Toleranz und Zivilcourage, gegen Gewalt und Fremdenfeindlichkeit beschlossen, und eine der wichtigsten Zielgruppen unseres Aufrufes ist sicherlich unsere Jugend. Wir wissen aber auch, dass Jugendarbeit und Sportförderung zu den wirksamsten Mitteln und Wegen gehören, die Jugend von Gewalt und Radikalismus fernzuhalten.

Der zweite Bereich ist die Kulturpolitik:

Meine sehr geehrten Damen und Herren, durch Bildung eines Kulturausschusses hat der Kreistag zu Beginn dieser Wahlperiode einen neuen politischen Schwerpunkt seiner Arbeit festgelegt. Er hat damit die Bedeutung der Kultur für die Menschen und die Entwicklung unserer Region dokumentiert. Mit der Unterstützung des Beethovenfestes haben wir ganz

bewusst ein Zeichen regionaler Kulturpolitik gesetzt, nachdem auch der Veranstalter mit diesem Fest über die Grenzen der Stadt Bonn hinausgegangen ist, in diesem Jahr mit fünf gut besuchten Konzerten. Ich möchte Sie bitten und auffordern, diesen Weg konsequent weiterzugehen, und deshalb schlage ich mit dem Haushaltsplan vor, die Mittel zur Unterstützung des Beethovenfestes zu verdoppeln, denn den Namen „Beethoven“ gibt es nur einmal, und dieser ist mit der Stadt Bonn und der Region verbunden. Es steht das Angebot der Stadt Bonn, dass der Rhein-Sieg-Kreis Gesellschafter der Beethoven-GmbH wird.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, lassen Sie mich an dieser Stelle sagen, dass es uns nicht gleichgültig sein kann, was in Köln und Bonn, was in der Region passiert. Gewiss, wir können weder die Bonner Haushaltsprobleme lösen noch das Bonner Kulturkonzept finanzieren. Aber die Absicht der Bundesregierung, die Mittel aus dem Bonn-Vertrag an die Stadt Bonn erheblich zurückzuführen und die Gefahr der Schließung des Theaters in Bad Godesberg und der Oper in Bonn, treffen auch uns und unsere Bürgerinnen und Bürger. Deshalb bitte ich Sie, im Interesse unserer regionalen Gemeinsamkeit aufgeschlossen aufeinander zuzugehen.

In gleicher Weise begrüße ich die Überlegungen, den Kunstpreis des Rhein-Sieg-Kreises angemessen zu erhöhen und über die Grenzen des Kreises hinaus zu öffnen, dies dient dem Ansehen des Kreises, seiner Weltoffenheit – auch davon ist in der eben zitierten Resolution die Rede – und kommt nicht zuletzt der Kunst und den Künstlern in unserem Kreis zugute. Nach 20 Jahren Kunstpreis des Rhein-Sieg-Kreises nur im Rhein-Sieg-Kreis ist es Zeit, sich zu unserer Region zu bekennen, zu unserer Rheinischen Kulturregion um Köln und Bonn. Schließlich werbe ich dafür, unsere internationalen Partnerschaften - in welcher Form auch immer - in unsere Kulturarbeit mit einzubeziehen.

Auch dies ist ein Beispiel für Weltoffenheit und Internationalität, die Sie mit Ihrer überzeugenden Zustimmung zum Freundschaftsvertrag mit dem Kreis Bunzlau unter Beweis gestellt haben.

Und nun zum Haushalt 2001:

Er ist erfreulicherweise wieder ausgeglichen, gewiss keine Selbstverständlichkeit. Der Haushalt des Rhein-Sieg-Kreises 2001 steht im Zeichen des Zweiten Gesetzes zur Modernisierung von Regierung und Verwaltung in Nordrhein-Westfalen, das am 1.1.2001 in Kraft tritt.

Dieses Gesetz sollte ursprünglich wohl die Kommunale Selbstverwaltung stärken, brachte aber im Ergebnis – nach dem missglückten Versuch der Abschaffung der Landschaftsverbände Rheinland und Westfalen – vor allem die Verstaatlichung des Landesstraßenbaus hervor. Daneben enthält dieses Gesetz für die Kommunen durch die Änderung des Ausführungsgesetzes zum Bundessozialhilfegesetz und des Gesetzes zur Umsetzung des Pflege-Versicherungsgesetzes – Landespflegegesetz NRW – in folgenden Bereichen zwei wesentliche Änderungen:

Das Verhältnis zwischen Kreis als örtlichem Träger der Sozialhilfe und den kreisangehörigen Städten und Gemeinden:

Zwar bleibt der Kreis auch künftig Träger der Sozialhilfe, jedoch sind die Städte und Gemeinden an der Finanzierung der Sozialhilfeleistungen zu beteiligen. Der

Haushaltsplanentwurf sieht eine Beteiligung der Städte und Gemeinden mit 25 % der Ausgabenlast der delegierten Sozialhilfe vor. Damit übernehmen diese Sozialhilfeaufwendungen des Kreises mit einem Volumen von rd. 20,5 Mio DM. Im Gegenzug senkt der Rhein-Sieg-Kreis in exakt gleicher Größenordnung, nämlich um 2,15 %-Punkte, die allgemeine Kreisumlage. Für das Jahr 2002 habe ich mich mit den 19 Bürgermeisterinnen und Bürgermeistern auf eine Beteiligung von 35 % verständigt. Wichtig ist, dass alle Räte der 19 Städte und Gemeinden der von der Bürgermeisterkonferenz solidarisch erzielten Regelung zustimmen.

Sonst gelten ab 01.01.2001 50 %, was manche Stadt oder Gemeinde ad hoc nicht verkraften kann.

Das Verhältnis zwischen Landschaftsverband Rheinland als überörtlichem und dem Kreis als örtlichem Sozialhilfeträger:

Die Aufwendungen im Bereich Hilfe zur Pflege für Personen über 65 Jahre gehen ab dem Jahr 2001 in Schritten von 25 % vom Landschaftsverband auf den Kreis über. Für 2001 bedeutet dies eine Kostenbeteiligung des Kreises von 3,7 Mio DM. Ab 2004 steht diese Hilfeart dann ganz in der Zuständigkeit des Kreises.

Bereits in 2001 wird dem Kreis die Aufgaben- und die volle Finanzverantwortung für die Förderung ambulanter Pflegeeinrichtungen (2,2 Mio DM) sowie für das Pflegewohngeld (18,1 Mio DM) übertragen.

Der Kreis übernimmt mithin vom Landschaftsverband Rheinland eine Ausgabenbelastung von insgesamt rd. 24 Mio DM. Der Landschaftsverband hat hierzu erklärt, dass er sich nicht in der Lage sieht, seine Minderausgaben im Verhältnis 1 : 1 durch entsprechende Senkung der Landschaftsumlage weiterzugeben. Unter Berücksichtigung der Ausgabenentwicklung insbesondere im Bereich betreuten Wohnens und der 2001 nicht mehr zur Verfügung stehenden Mittel aus RWE-Erträgen ergebe sich zur Zeit rein rechnerisch nur eine Senkung der Umlage um 1 %-Punkt auf 15,70 %.

Bei einer vollen Kompensation der Entlastung in den Bereichen Hilfe zur Pflege, ambulante Pflegeeinrichtungen und Pflegewohngeld müsste die Entlastung mehr als 2 % betragen.

Der Haushaltsentwurf 2001 des Rhein-Sieg-Kreises sieht eine Landschaftsumlage von 15,40 % vor und geht damit von einer Entlastung um 1,3 %-Punkte aus, ich vermute einmal ein Wert, der in der Nähe des nach den Haushaltsberatungen von mir erwarteten Endergebnisses liegen dürfte.

Der Landschaftsverband bringt seinen Haushalt 2001 Mitte Dezember 2000 ein; die Verabschiedung soll erst Anfang 2001 erfolgen. Es bleibt abzuwarten, welchen Umlagesatz die Landschaftsversammlung letztlich beschließt.

Sollte es nicht zu einer weiteren Reduzierung kommen, müsste der Rhein-Sieg-Kreis im Jahr 2001 ca. 10 Mio DM der aus Zuständigkeitsverlagerung und Kostenbeteiligung resultierenden Kosten aus eigener Kraft finanzieren.

Bei der Bewältigung dieser zusätzlichen Kosten kommt dem Kreis die ungebrochene Dynamik bei der Steuerkraftentwicklung zugute. Um 50 Mio DM oder 7 % sind die Steuereinnahmen der Städte und Gemeinden in der Referenzperiode gestiegen. Diese Steuerkraftsteigerung ermöglicht eine (über die Kompensation der Beteiligung der Städte und

Gemeinden im Bereich der Sozialhilfe hinausgehende) weitere Senkung der allgemeinen Kreisumlage um 5,3 Mio DM oder 0,56 %-Punkte.

Die aus der Steuerkraftsteigerung resultierenden Mitnahmeeffekte sind damit allerdings aufgebraucht.

Neben der Höhe der Landschaftsumlage besteht eine weitere Haushaltsunsicherheit bei der Kalkulation der Schlüsselzuweisungen. Dies betrifft sowohl die Höhe der Gemeindegemeinschaftsschlüsselzuweisungen als Bestandteil der Umlagegrundlagen der Kreisumlage als auch die Kreisschlüsselzuweisungen. Beide Positionen sind auf der Grundlage des Kabinettsbeschlusses vom 26.09.2000 über den Regierungsentwurf zum GFG 2001 ermittelt worden. Auch hier bleibt das Gesetzgebungsverfahren abzuwarten, das erst Mitte April nächsten Jahres abgeschlossen sein wird.

Dieses Thema hat auch einen breiten Raum bei der Erörterung der Eckdaten mit den Bürgermeisterinnen und Bürgermeistern eingenommen. Die Vertreter der Städte und Gemeinden haben zwar die solide Finanzwirtschaft des Kreises anerkannt; sie haben aber auch auf die zu erwartenden deutlichen Mindereinnahmen bei der Einkommensteuer als Folge der Steuerreform hingewiesen. Vor diesem Hintergrund haben die Städte und Gemeinden um Prüfung gebeten, ob nicht eine Umlagensenkung von 0,91 %-Punkten entsprechend der 2000er Finanzplanung erfolgen könne.

Gewissheit haben wir – da bleibt nichts mehr abzuwarten, – dass wir für unseren Verkehrsbetrieb RSVG deutlich tiefer in die Tasche greifen müssen.

Nach einem bereits zu knapp bemessenen Haushaltsansatz von 8 Mio DM im laufenden Jahr werden wir um eine Steigerung um 4,5 auf 12,5 Mio DM wohl nicht umhin kommen. Dabei ist bereits berücksichtigt, dass zu erwartende Dividendenerträge aus unserem RWE-Aktienpaket in Höhe von über 5 Mio DM den Verlust der RSVG kräftig subventionieren. Der zunehmende Finanzbedarf der RSVG entsteht durch erstmalig abzudeckende Verluste der RVK, wegfallende Landeszuschüsse, Tarifsteigerungen sowie höhere Benzinpreise. Kostensteigerungen - meine Damen und Herren -, die nicht in vollem Umfang über höhere Fahrpreise gedeckt werden können.

Gestatten Sie mir noch einige Worte zur Sozialhilfe. Sie werden dem Haushaltsplanentwurf entnehmen können, dass sich - wie auch schon im Jahre 1999 - für 2000 eine durchaus positive Entwicklung im Bereich der Sozialhilfe abzeichnet.

Meine Damen und Herren, dies ist das letztlich erfolgreiche Ergebnis unserer Politik der partnerschaftlichen Beteiligung der Städte und Gemeinden an den Kosten der Sozialhilfe, flankiert von dem massiven Einsatz von Maßnahmen der Hilfe zur Arbeit, die wir zu Beginn der vergangenen Wahlperiode eingeleitet haben und deren Früchte wir und unsere Städte und Gemeinden in den letzten beiden Jahren geerntet haben, ganz abgesehen davon, dass wir hunderten von Sozialhilfeempfängern zu Arbeit und Lohn verholfen haben. Auf dieses Ergebnis bin ich auch noch als früherer Oberkreisdirektor besonders stolz !

Lassen Sie mich noch auf unsere Jugendarbeit und das Kreisjugendamt zu sprechen kommen:

Das saldierte Volumen des Jugendamts haushalts steigt im kommenden Jahr um 7,8 Mio DM. Es sind im Wesentlichen zwei Bereiche für die Kostensteigerung verantwortlich:

Allein für die Hilfen zur Erziehung muss der Kreis 4,5 Mio DM mehr ausgeben als im Vorjahr. Ausschlaggebend ist zum einen eine erhebliche Steigerung der Fälle mit der Notwendigkeit einer Heimunterbringung, zum anderen ist zu erwarten, dass bei den Entgeltsätzen der Heime – nach jahrelanger Deckelung - ein kräftiger Nachholbedarf besteht. Eine deutliche Erhöhung der Finanzmittel (per Saldo 2,1 Mio DM) ist auch bei den Tageseinrichtungen für Kinder erforderlich. Einerseits erweisen sich die Ansätze für 2000 als zu knapp bemessen, andererseits kommen, wie Sie aus den Beratungen des Jugendhilfeausschusses wissen, neue Kindergartenplätze und damit weitere Betriebskosten hinzu. Hier warten wir allerdings dringend auf die ergänzenden Landesmittel für fünf Einrichtungen. Das Land ist hier im Verzug !

Der Investitionshaushalt 2001 ist mit knapp 33 Mio DM weiterhin geringer als in den Vorjahren. Dennoch kommt es zu einer Netto-Neuverschuldung von etwas über 1 Mio DM, da die Tilgungsrate nach einer in diesem Jahr vorgegebenen außerordentlichen Schuldentilgung deutlich sinkt.

Hierzu sage ich ganz offen, dass mir die Investitionsrate der öffentlichen Hand insgesamt zu niedrig ist. Sicherlich haben wir die Niedrigzinsphase der letzten Jahre insbesondere durch Baumaßnahmen im Schul- und Kindergartenbereich genutzt, aber es ist noch viel zu tun, vor allem bei unseren Kreisstraßen, für Radwege, in unseren Sonderschulen, Kindergärten und Berufskollegs, im ÖPNV, alles Zukunftsinvestitionen, die unseren Kindern zugute kommen und darauf kommt es ja doch an.

Der Kreis – meine Damen und Herren – hat seit 1997 mit dem Haushaltsbuch den Einstieg in den produktorientierten Haushalt geschafft. Er war damit landesweit in einer Vorreiterrolle.

Bedauerlicherweise hat die Landesregierung beschlossen, die Doppik in kommunalen Haushalten mittelfristig einzuführen, ein in der kaufmännischen Buchhaltung wichtiges und notwendiges Verfahren, ein Verfahren aber auch, das den Aufwand der Buchführung erheblich vergrößert. Niemand hat mir bisher Vorteile für die kommunalen Haushalte genannt, die auf Anhub überzeugen. Durch das in der kameralen Haushaltswirtschaft bestehende Bruttoprinzip und den vor einigen Jahren eingeführten Ansatz kalkulatorischer Kosten, der sich weiter ausbauen ließe, ist die betriebswirtschaftliche Betrachtungsweise von Kosten und Nutzen gewährleistet. Gewinne wollen und dürfen wir nicht erzielen.

Kommunale Bilanzen wären zwar ganz interessant einmal zu lesen, im Endeffekt aber lediglich eine „Spielwiese“ für den Bund der Steuerzahler und ohne praktischen Nutzen. Aber es ist nun einmal modern, modern zu sein. Fügen wir uns in das Unvermeidliche!

Vor diesem Hintergrund wird das Haushaltsbuch des Rhein-Sieg-Kreises im bisherigen Umfang fortgeführt, aber nicht um weitere Fachbereiche ergänzt.

Zum Abschluss darf ich den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Kämmerei für ihren unermüdlichen Einsatz danken, natürlich auch dem Kämmerer, der sein Team sicher führt, und der noch ein gutes Stück Arbeit bis zur Verabschiedung des Haushalts vor sich hat.

Ich wünsche uns allen eine gute, konstruktive Haushaltsberatung zum Wohle der Bürgerinnen und Bürger.